



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 127. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. März 2026, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD), stellvertretende Vorsitzende

Michel Deckmann (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Wiebke Zweig (CDU), in Vertretung von Sönke Siebke

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Sybilla Nitsch (SSW), in Vertretung von Christian Dirschauer

Fehlende Abgeordnete

Rasmus Vöge (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zur Zukunft des Katastrophenschutzlagers, der Justizvollzugsschule und der Geflüchtetenunterkunft in Boostedt sowie daraus resultierende Handlungsbedarfe und Kosten.....	5
Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) Umdruck 20/6231	
2. Information des Finanzministeriums zum Sachstand der Ausübung der Kaufoption für die Abschiebungshafteinrichtung (AHE) Glückstadt.....	7
Umdruck 20/6053	
3. Bericht der Landesregierung zum Sachstand der Privatisierung der Spielbanken.....	8
Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) Umdruck 20/6210	
4. Unterrichtung des Finanzministeriums über den vorläufigen Jahresabschluss 2025.....	9
Umdruck 20/6199	
5. Unterrichtung der Finanzministerin über den Stand der geplanten Besoldungsanpassung für die Jahre 2025 bis 2027.....	10
6. Die Einkommensteuer moderner und familienfreundlicher gestalten: Einführung eines gerechten Familiensplittings.....	11
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/4102	
7. Information/Kennntnisnahme.....	12
Umdruck 20/6135 – Stellenhebungen Staatskanzlei Umdruck 20/6146 – Novellierung des Gleichstellungsgesetzes Umdruck 20/6147 – Stellenplan Hochschulen Umdruck 20/6152 – Start-up-Förderung Umdruck 20/6155 – Krankenhausstransformationsfonds Umdruck 20/6157 – schulischer Ganzttag Umdruck 20/6161 – Kirchensteuer Umdruck 20/6171 – Finanzinstrumente Umdruck 20/6182 – Integrationsmaßnahmen Umdruck 20/6194 – Entschädigungsleistungen Umdruck 20/6213 – Zinsbefreiung	
8. Verschiedenes.....	13

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Herdejürgen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, Umdruck [20/6160](#) (UKSH Wirtschaftsplan 2026) und Umdruck [20/6196](#) (UKSH Sachstandsbericht zur baulichen Sanierung) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Bericht der Landesregierung zur Zukunft des Katastrophenschutzlagers, der Justizvollzugsschule und der Geflüchtetenunterkunft in Boostedt sowie daraus resultierende Handlungsbedarfe und Kosten

Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
Umdruck [20/6231](#)

Abgeordnete Raudies erinnert an die Diskussion im Innen- und Rechtsausschuss am 15. Januar 2025 und bittet die Landesregierung, den Finanzausschuss unaufgefordert über aktuelle Entwicklungen zu informieren.

Finanzministerin Dr. Schneider hält den erbetenen Bericht (Sprechzettel, Umdruck [20/6287](#)). Auf Nachfragen der Abgeordneten Raudies stellt sie klar, dass sowohl die Justizvollzugsschule als auch das Katastrophenschutzzentrum bis Ende Juni 2030 in der Liegenschaft des Bundes bleiben dürften. Das Finanzministerium sei für Liegenschaften und Bau zuständig und mit der BImA und dem Bundesverteidigungsministerium in gutem Austausch.

Sodann berichtet Sozialstaatssekretärin Schiller-Tobies über die Unterbringung der Geflüchtetenunterkunft (Sprechzettel, Umdruck [20/6273](#)). Sie sagt zu, den Finanzausschuss proaktiv auf dem Laufenden zu halten.

Zur Justizvollzugsschule teilt Justizstaatssekretärin Heß mit, die am 1. Oktober 2028 und 1. April 2029 beginnenden Ausbildungslehrgänge müssten nach dem Auszug im Juni 2030 zur Ausbildungsbeendigung in andere Räumlichkeiten wechseln, auch im Interesse der Mitarbeitenden möglichst in der Nähe des jetzigen Standorts im Bereich Boostedt/Neumünster.

Abgeordnete Raudies kritisiert, dass man von den Überlegungen der Landesregierung aus der Presse erfahren habe. Sie greift den Vorschlag der SPD-Fraktion aus der letzten Wahlperiode auf, einen zentralen Standort in Neumünster zu schaffen, der gut zu erreichen sei. Sie bittet die Landesregierung, dem Finanzausschuss so bald wie möglich belastbare finanzielle Zahlen mitzuteilen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis und erwartet, von der Regierung unaufgefordert auf dem Laufenden gehalten zu werden.

2. Information des Finanzministeriums zum Sachstand der Ausübung der Kaufoption für die Abschiebungshafteinrichtung (AHE) Glückstadt

Umdruck [20/6053](#)

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer zum Kaufpreis antwortet Finanzstaatssekretär Rabe, man habe die Wirtschaftlichkeitsberechnung mit Blick auf die Kabinettsbefassung noch einmal nachvollzogen und sei zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Frau Dr. Luch, Leiterin der Abteilung Staatlicher Hochbau und Beteiligungen im Finanzministerium, teilt mit, bei der Erstellung der abschließenden Wirtschaftlichkeitsberechnung habe man festgestellt, dass man bei der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsberechnung einen groben handwerklichen Fehler begangen und den Sachwert falsch angesetzt habe. Damit solch ein Fehler nicht wieder passiere, habe man die internen Prozesse angepasst und ein Vier-Augen-Prinzip eingeführt.

Abgeordnete Krämer erwartet, dass solche Fehler nicht mehr passieren.

Auf Fragen der Abgeordneten Nitsch antwortet Staatssekretär Rabe, man werde den Fehler mit dem angekündigten Nachtragshaushalt korrigieren. Aktuell gebe es keinen Anlass, an der Zusammenarbeit mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern etwas zu ändern.

Der Ausschuss nimmt Umdruck [20/6053](#) zur Kenntnis.

3. Bericht der Landesregierung zum Sachstand der Privatisierung der Spielbanken

Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
Umdruck [20/6210](#)

Finanzministerin Schneider gibt den erbetenen Bericht ab (Sprechzettel, Umdruck [20/6288](#)).

Abgeordnete Raudies legt Wert darauf, den Finanzausschuss in den Verkaufsprozess frühzeitig und angemessen einzubinden. Unter Bezugnahme auf ihre Kleine Anfrage Drucksache [20/4028](#) bittet sie das Finanzministerium, dem Finanzausschuss die Leistungsbeschreibung für die rechtliche Transaktionsberatung zur Verfügung zu stellen. Sie erwartet, dass das Land die bei den Spielbanken vorhandenen Rücklagen in Höhe von insgesamt 65 Millionen Euro vor einem Verkauf herausziehe.

Frau Dr. Sorgenfrei, Leiterin der Beteiligungsverwaltung im Finanzministerium, teilt mit, mit der betriebswirtschaftlichen Beratung habe man Grant Thornton beauftragt, mit der rechtlichen Beratung Greenberg Traurig. Mit den Rücklagen habe man Investitionen der Spielbanken finanziert.

Auch Abgeordnete Krämer hält es für wichtig, die Wertermittlung zeitnah einsehen zu können, zum Beispiel im Wege des sogenannten Tresorverfahrens.

Abgeordneter Plambeck äußert sich zuversichtlich, dass Ausschuss und Finanzministerium einen geeigneten Weg zum vertraulichen Informationsaustausch finden.

Die Vorsitzende bittet die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher und die Finanzministerin, sich auf ein angemessenes Beteiligungsverfahren zu verständigen.

Ministerin Dr. Schneider betont die besondere Sensibilität des Verkaufsprozesses, die Vertraulichkeit müsse in jedem Fall gewahrt werden. Die Rücklagen der Spielbanken habe man bereits zur GVB gezogen. Ein möglicher Käuferlös werde erst im Jahr 2027 in den Landeshaushalt fließen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Finanzministerin zur Kenntnis.

4. Unterrichtung des Finanzministeriums über den vorläufigen Jahresabschluss 2025

Umdruck [20/6199](#)

Finanzministerin Dr. Schneider führt in die Vorlage ein (Sprechzettel, Umdruck [20/6338](#)).

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer antwortet sie, für die Ablösung des Notkredits 2024 gebe es keinen gesonderten Tilgungsplan. Ob der Betrag von 240 Millionen Euro für die amtsangemessene Alimentation komplett für die Besoldungsnachzahlung 2025 gebraucht werde, werde sie schriftlich mitteilen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht von Finanzministerin Dr. Schneider und [Umdruck 20/6199](#) zur Kenntnis.

5. Unterrichtung der Finanzministerin über den Stand der geplanten Besoldungsanpassung für die Jahre 2025 bis 2027

Ministerin Dr. Schneider hält den erbetenen Bericht (Sprechzettel, Umdruck [20/6282](#)).

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies antwortet sie, die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfolge auch für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Man gehe davon aus, dass alle Parameter der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation (unter anderem das Abstandsgebot) auch für die sogenannten Weihnachtsgeldverfahren 2007 bis 2021 zugrunde gelegt würden. Sie sagt zu, den Finanzausschuss sofort zu informieren, sobald man wisse, wann das Bundesverfassungsgericht dazu eine Entscheidung treffen werde. In Schleswig-Holstein lägen alle Personaldaten digital vor.

Der Ausschuss nimmt auch diesen Bericht zur Kenntnis.

6. Die Einkommensteuer moderner und familienfreundlicher gestalten: Einführung eines gerechten Familiensplittings

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache [20/4102](#)

(überwiesen am 27. Februar 2026 an den **Finanzausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Finanzausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 13. März 2026 zu benennen.

7. Information/Kenntnisnahme

- Umdruck [20/6135](#) – Stellenhebungen Staatskanzlei
- Umdruck [20/6146](#) – Novellierung des Gleichstellungsgesetzes
- Umdruck [20/6147](#) – Stellenplan Hochschulen
- Umdruck [20/6152](#) – Start-up-Förderung
- Umdruck [20/6155](#) – Krankenhaustransformationsfonds
- Umdruck [20/6157](#) – schulischer Ganzttag
- Umdruck [20/6161](#) – Kirchensteuer
- Umdruck [20/6171](#) – Finanzinstrumente
- Umdruck [20/6182](#) – Integrationsmaßnahmen
- Umdruck [20/6194](#) – Entschädigungsleistungen
- Umdruck [20/6213](#) – Zinsbefreiung

Zu Umdruck [20/6171](#) (Bericht über die operativen und liquidierten Finanzinstrumente (Fonds) seit Beginn der Förderperiode 2000) bittet Abgeordnete Raudies die Landesregierung um Klärung ihrer Aussage auf Seite 10: „Die Finanzinstrumente tragen langfristig zu einem nicht unerheblichen Vermögensaufbau für das Land Schleswig-Holstein bei ...“ EU-Fördermittel seien nicht dazu gedacht, das Vermögen des Landes Schleswig-Holstein zu mehren.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

Die nächste Finanzausschusssitzung findet am 12. März 2026 statt. Im Anschluss daran tagt die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Herdejürgen, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Birgit Herdejürgen
stellvertretende Vorsitzende

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer